

Auf einem kürzlich in Bonn durchgeführten Internationalen Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit BRD — Südafrika wurde festgestellt, daß BRD-Wirtschaftsunternehmen wie der STEAG-Konzern, die Ruhrkohle AG und Siemens, solche Großbanken wie die Deutsche Bank und die Dresdner Bank sowie die Gesellschaft für Kernforschung Südafrika durch das Überlassen von atomarer Spitzentechnologie und die Lieferung von Ausrüstungen zu einer Urananreicherungsanlage verhelfen und daß mit Billigung zuständiger BRD-Behörden den Rassisten auch konventionelle Waffen und militärische Ausrüstungsgegenstände geliefert werden. In dem Abschlußdokument des Kongresses heißt es u. a.: „Die ständig expandierende wirtschaftliche Verflechtung der BRD trägt zum Ausbau des aggressiven Potentials des Apartheidstaates bei.“

Diese auch von den anderen imperialistischen Staaten verstärkt praktizierte Zusammenarbeit ist in der Tat eine Schützenhilfe für die Rassistenregimes. Mehr noch: Wer im Interesse der Erhaltung überholter Strukturen und der Erzielung von Superprofiten mit dem faschistischen Apartheidregime in dieser Weise zusammenarbeitete, wer ihm Waffen liefert und ihm hilft, die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen, ist nicht nur mitschuldig an der forcierten Unterdrückung des Volkes von Südafrika, sondern ist auch mitverantwortlich für die vom Apartheidregime ausgehende verstärkte Gefährdung des Weltfriedens.

Daher ist es dringend geboten, entsprechend auch dem von der Weltkonferenz zum Kampf gegen Rassismus und Rassendiskriminierung beschlossenen Aktionsprogramm weitere effektive Maßnahmen zur vollständigen internationalen Isolierung der Rassistenregimes im Süden Afrikas zu unternehmen und die Beendigung der Zusammenarbeit aller Staaten auf allen Gebieten mit den Rassistenregimes zu erreichen, wie es auch erneut in mehreren Resolutionen der diesjährigen UN-Vollversammlung gefordert wird.

Vor allem ist es erforderlich, das vom Sicherheitsrat gegenüber Südafrika verhängte Waffenembargo durch ein zusätzliches Wirtschaftsembargo einschließlich Ölembargo und vollständigen Investitionsstopp zu ergänzen. Eine weitere Verzögerung umfassender verbindlicher Sanktionen auf wirtschaftlichem Gebiet kann sich nur negativ auf die Wirksamkeit des Waffenembargos auswirken.

Die Durchführung solcher Sanktionsmaßnahmen jedoch entspräche der Verantwortung und der besonderen Verpflichtung der Organisation der Vereinten Nationen für die Befreiung der Völker Südafrikas, Namibias und Simbawes von kolonialer und rassistischer Unterdrückung. Sie entspräche den Interessen dieser Völker im Kampf um nationale und soziale Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Menschenrechte. Ein solches Herangehen würde wesentlich zur Beseitigung der von den Rassistenregimes ausgehenden Gefährdung des Friedens und der internationalen Sicherheit beitragen.

Imperialistische Versuche zur Aufrechterhaltung von Kolonialismus und Rassismus

Angesichts der ständigen positiven Veränderungen besonders im Süden Afrikas reagieren die Kräfte des Imperialismus und Rassismus nicht nur mit verschärftem Terror nach innen und verstärkter Aggression nach außen. Um ihre Positionen zu erhalten, zu stabilisieren und verlorene Positionen zurückzuerobern, um die Ausbeutung der Völker und die Ausplünderung der Naturreichtümer im Interesse multinationaler Konzerne fortsetzen zu können, unternehmen sie vielfältige Maßnahmen zur Unterminierung des antiimperialistischen Kampfes gegen die Überreste des Kolonialismus und Rassismus. Sie haben eine regelrechte umfassende Gegenoffensive gegen die nationalen Befreiungskräfte in Gang gesetzt.

Dazu gehören die Versuche, die gesellschaftliche Entwicklung afrikanischer Staaten auf einen prokapitalisti-

schen Weg zu lenken, die Lage in den auf den Sozialismus orientierten Staaten zu destabilisieren und in ihnen, auch durch ökonomische Angebote, die Voraussetzungen für eine neokolonialistische Einflußnahme zu schaffen. Dazu gehören auch die in jüngster Zeit verstärkten diplomatischen Aktivitäten der imperialistischen Hauptmächte, besonders der USA, zur Durchsetzung der imperialistischen Afrikapolitik einschließlich der Durchsetzung sog. interner Lösungen mit dem Ziel der Einsetzung von Marionettenregimes in Simbabwe und Namibia und einer Reform bzw. sog. allmählichen Abschaffung der schlimmsten Auswüchse der Apartheid in Südafrika selbst.

Dazu gehört auch die in Verletzung von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates durchgeführte Wahlfarce in Namibia. Diese von den Rassisten in Pretoria organisierten und manipulierten „inneren Wahlen“ zur Installierung von Marionettengruppen der Turnhallen-Allianz als „Führer“ in Namibia sind ein weiterer Versuch, Zeit für neokolonialistische Regelungen zu gewinnen und die SWAPO als die wahre Vertreterin des Volkes von Namibia auszuschalten. Diese Scheinwahlen wurden völlig zu Recht vom Sicherheitsrat zurückgewiesen und ihre Ergebnisse als null und nichtig erklärt.

All diese Manöver werden demagogisch als einzig gangbarer Weg zur friedlichen Überwindung des Rassismus propagiert. Diese Aktionen sind jedoch nichts anderes als Versuche, die den Imperialisten und transnationalen Monopolen genehmen Machtstrukturen in diesen Ländern zu erhalten, ihnen die Ausbeutung dieser Völker und die Plünderung ihrer Naturreichtümer im Interesse der Erzielung von Maximalprofiten auch weiterhin zu ermöglichen und die jeweiligen Befreiungsorganisationen als die legitimen Vertreter ihrer Völker von der Machtübernahme auszuschließen.

Die Pläne der Imperialisten und Rassisten zur Erhaltung ihrer Bastionen im Süden Afrikas auch in äußerlich modifizierter Form sind letzten Endes zum Scheitern verurteilt. Sie sind es, weil in der ganzen Weltöffentlichkeit die Erkenntnis gewachsen ist und weiter wächst, daß Kolonialismus, Neokolonialismus, Apartheid und Rassismus ursächlich mit imperialistischer Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik verbunden sind.

Die Pläne der Imperialisten und Rassisten werden scheitern, weil Apartheid, Rassismus und Rassendiskriminierung heute in aller Welt als massenhafte Verletzung grundlegender Menschenrechte, als Verbrechen gegen die Menschheit verurteilt werden. Sie werden scheitern angesichts der wachsenden Kampfbereitschaft der noch kolonial und rassistisch unterdrückten Völker im Süden Afrikas und ihrer Befreiungsorganisationen, die sich nicht um die bereits erreichten Erfolge ihres Befreiungskampfes betrügen lassen. Sie werden scheitern an dem sich weiter verstärkenden antiimperialistischen Kampfbündnis der nationalen Befreiungsbewegung mit der sozialistischen Staatengemeinschaft.

(Im folgenden beschäftigte sich der Referent mit Erscheinungsformen des Rassismus und der Rassendiskriminierung als Bestandteil imperialistischer Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik auch in anderen Teilen der Welt. Dabei geht er ausführlich auf die Solidarität der DDR mit allen Kämpfern gegen imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Kolonialismus und Rassismus ein. — D. Red.)

Politik der DDR in Übereinstimmung mit UN-Beschlüssen

In der DDR, deren Herausbildung als sozialistischer Staat mit der Ausrottung des Faschismus und Rassismus begonnen hatte und die seit ihrer Gründung dem Kampf gegen Rassismus stets größte Aufmerksamkeit widmete, sind auf dem Gebiet der innerstaatlichen Gesetzgebung, der Informationspolitik, des Erziehungswesens, der wissenschaftli-